

1. Stilllegung und Abbau Biblis

Frage: Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, damit die größtmögliche Sicherheit der im AKW Beschäftigten und der Bevölkerung in der Region gewährleistet ist? Dies betrifft u.a. folgende Bereiche:

- 1.1 **Offenes Genehmigungsverfahren** in klar definierten Stufen unter **Beteiligung** der betroffenen Bevölkerung und der Beschäftigten. Umweltverträglichkeitsprüfung, Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz nicht nur für die **erste Stilllegungs- und Abbaugenehmigung** sondern für **alle SAG-Stufen** im nuklearen Bereich. Zeitplan mit umfassender Beschreibung der Rückbaustrategie.
- 1.2 Konzept zur Gewährleistung eines höchstmöglichen **Strahlen- und Katastrophenschutzes** für Beschäftigte und Anwohner.
- 1.3 Erstellung eines **Kontaminations- und Dosisleistungskatasters** über die zu erwartenden Mengen verschieden stark radioaktiv belasteter Stoff und Abfälle **vor** der Stilllegung. Entwicklung eines vorsorgenden Abfallmanagements.
- 1.4 **Beginn** der Stilllegung aus sicherheitstechnischen Gründen **erst dann**, wenn alle **Brennelemente** aus der Anlage **entfernt** sind.
- 1.5 Aufbau von staatlichen **Messstationen** in der Umgebung des AKW, zugänglich für Vertreter der Öffentlichkeit.
- 1.6 **Keine Freimessung** von **niedrigstrahlenden** Teilen zu „Normal“-Müll.
- 1.7 Sicherung der **Abklingbecken**, des **Castorlagers** für hochradioaktive Abfälle (z.B. gegen Alphastrahlung und terroristische Bedrohungen aus der Luft) sowie für das beantragte Lager für schwach- und mittelradioaktive Stoffe.
- 1.8 Sicherung der vollen **Finanzierung** der Abbaumaßnahmen durch den Energiekonzern RWE, der die Verantwortung für die radioaktiven Hinterlassenschaften tragen muss.

Begründung:

Auch wenn die Brennelemente aus der Anlage entfernt sind, ist zwar die Kritikalität und das Radioaktivitätsinventar reduziert (von ca. 10^{21} auf ca. 10^{17} Becquerel), die **Strahlenbelastung** ist aber auch während der Stilllegungs- und Abbauarbeiten immer noch sehr hoch. Dies bestätigt der offizielle „Leitfaden zur Stilllegung...“ (Abschnitt 3.4): „Die in den Anlagen verbleibenden Alphastrahler führen bei Inkorporation zu Strahlenexpositionen, die in der Anlage für die Beschäftigten und bei Freisetzung für die allgemeine Bevölkerung dominierend sind.“

Erfahrungen in Stade, Mühlheim-Kärlich und Obrigheim u.a. zeigen, dass versucht wird, die sicherheitstechnischen Anforderungen abzuschwächen und die Öffentlichkeitsbeteiligung auszuhöhlen. Es ist zu befürchten, dass nicht die Gesundheit der Bevölkerung im Vordergrund steht sondern „Flexibilität“, „Effektivität“, „Verfahrensharmonisierung“ oder „Optimierungspotential“, wie es die Entsorgungskommission (ESK) beschreibt, die das BMU berät. Die Ereignisse um die Beinahe-Katastrophe im Hamburger Hafen am 1. Mai diesen Jahres bestätigen den absolut fahrlässigen Umgang mit nuklearem Material.

zu 1.1

Eine **weitere Beteiligung** liegt nach atomrechtlicher Verfahrensverordnung (AtVfV) in der Entscheidung der Genehmigungsbehörde, d.h. des Landes und ist also **möglich**. Außerdem fordern wir dazu eine Änderung des Atomgesetzes

zu 1.4

Obwohl dies die Reaktor-Sicherheitskommission (RSK) 2005 gefordert hatte, wurde in Obrigheim nicht entsprechend verfahren. In einer aktuellen Stellungnahme der ESK v. 25.04.2013 sogar „erlaubt“: „Bei Berücksichtigung der sicherheitstechnischen Anforderungen kann mit ersten Rückbau- und Demontageschritten auch bei Anwesenheit von Kernbrennstoff in der Anlage begonnen werden, wenn diese rückwirkungsfrei durchgeführt werden“ (S. 3)

zu 1.6

Radioaktive Stoffe gelangen durch die Freimessung in Stoff- und Abfallkreisläufe sowie in die Produktion von Gütern und erhöhen letztlich die radioaktive Belastung der Menschen überall. Dies betrifft insbesondere auch Plutonium, das als Alpha-Strahler nur schwer zu messen ist.

Antworten:

CDU:

Der Betrieb der Kernkraftwerke in Deutschland war und ist stets international höchsten Sicherheitsstandards unterworfen. Leben und Gesundheit haben und hatten in jedem Fall die höchste Priorität.

Die christliche-liberale Bundesregierung hat den schrittweisen Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie bis 2022 beschlossen. Das einzige hessische Kernkraftwerk in Biblis ist seit 2011 rechtssicher vom Netz. Der Rückbau des Kraftwerks läuft derzeit. Wir haben erreicht, dass der sofortige Rückbau umgesetzt wird, den wir im Vergleich zur Alternative des so genannten „sicheren Einschlusses“ für die bessere Möglichkeit halten:

Wir setzen uns dafür ein, diesen Rückbau schnellstmöglich und unter Wahrung aller entsprechenden Sicherheitsauflagen und mit entsprechender Information und Beteiligung der Menschen in der Region umzusetzen. Die Menschen in der Region erwarten zu Recht Klarheit und transparente Information über die geplanten Rückbauschritte. Eine von der CDU getragene Landesregierung wird unter Wahrung höchster Sicherheitsstandards an einem zeitnahen Rückbau mitarbeiten.

SPD:

1.1

Wir tragen diese Forderung mit.

Zum Rückbau der Blöcke in Biblis gab es im Hessischen Landtag folgenden gemeinsamen Antrag von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP:

Antrag

*der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und
BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN*

betreffend Kernkraftwerk Biblis zeitnah zurückbauen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag spricht sich für einen zeitnahen Rückbau des Kernkraftwerkes Biblis unter Wahrung höchster Sicherheitsanforderungen aus. Dem Landtag ist bewusst, dass ein sicherer Rückbau einen längeren Zeitraum in Anspruch nimmt.

2. Der Landtag bittet die Landesregierung, Anträge des Betreibers, die den Rückbau betreffen, schnellstmöglich zu bearbeiten, um den Rückbau - so weit wie unter Einhaltung aller Sicherheitsaspekte möglich - zu beschleunigen. Ein zügiger Rückbau schafft die Möglichkeit, auf Arbeitskräfte zurückzugreifen, die die Anlage gut kennen. Dies hilft, die technisch nicht ganz einfachen Rückbaumaßnahmen sicher zu gewährleisten.

3. Der Landtag bittet die Landesregierung, eine Bundesratsinitiative zur Novellierung des Atomgesetzes zu prüfen, um Betreibern zukünftig den Rückbau verbindlich vorschreiben zu

22.8

können.

4. Der Landtag erwartet, dass der Betreiber oder die von ihm beauftragten Unternehmen in Zusammenarbeit mit der Landesregierung eine aktive Informationspolitik entwickeln, um die Menschen der Region zeitnah und transparent über alle geplanten und durchgeführten Abbauschritte zu informieren.

Begründung:

Der unverzügliche Rückbau wird vom Landtag entgegen der Alternative des so genannten "sicheren Einschusses" bevorzugt. Eine entsprechende Verpflichtung kann den Betreibern von Kernkraftwerken nach derzeitiger Rechtslage nicht auferlegt werden. Dies könnte mit einer Anpassung des Atomgesetzes zukünftig geändert werden.

Der Prozess des Rückbaus wird einen längeren Zeitraum benötigen. Sicherheit geht vor Schnelligkeit. Anderweitige Möglichkeiten der nicht-nuklearen Folgenutzung der Gebäude sollen hiervon unberührt bleiben. Die Menschen in der Region erwarten zu Recht Klarheit und transparente Information über die geplanten Rückbauschritte. Gleichzeitig soll die Landesregierung unter Wahrung höchster Sicherheitsstandards an einem zeitnahen Rückbau mitarbeiten.
Wiesbaden, 14. März 2012

1.2

Auch diese Forderung tragen wir mit. Der Schutz der Beschäftigten und der Anwohner muss sichergestellt sein.

1.3

Wir unterstützen auch diese Forderung.

1.4

Aus unserer Sicht muss mit dem Rückbau nicht gewartet werden, bis alle Brennelemente aus der Anlage entfernt sind. Der Rückbau hat faktisch schon begonnen und kann an unkritischen Teilen der Anlagen auch fortgeführt und schnellstmöglich beendet werden.

1.5

Zustimmung.

1.6

Diese Forderung ist sehr komplex. Selbstverständlich müssen alle rechtlichen Vorschriften und Regelungen eingehalten werden.

1.7

Auch hier gilt: Sicherheit geht vor. Allerdings ist die Art der Sicherung des Abklingbeckens und der Castoren-Lagerung erst noch zu klären.

1.8

Auch diese Forderung unterstützen wir.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bereits im letzten Jahr haben wir Grüne im Hessischen Landtag einen Runden Tisch „Rückbau Atomkraftwerk Biblis“ gefordert. Leider wurde dieser von der schwarz/gelben Mehrheit abgelehnt. Unser Ziel bleibt daher die größtmögliche Transparenz und die Beteiligung der Öffentlichkeit gerade im Rückbau des Atomkraftwerks zu erreichen. Unabdingbar ist für uns Grüne der Schutz der Bevölkerung vor einer Strahlenbelastung. Grundlage hierfür ist die Gewährleistung eines höchstmöglichen Strahlen- und Katastrophenschutz für die Beschäftigten und Anwohner im Umgang mit dem Atomkraftwerk. Messungen über Radioaktive Belastungen werden wir der Öffentlichkeit zugänglich machen. Entsprechend der Forderung der Reaktorsicherheitskommission werden wir uns dafür einsetzen, dass alle Brennelemente vor Abbaumaßnahmen aus der Anlage entfernt werden. Bereits in der Vergangenheit haben wir uns immer wieder für die Sicherheit der Menschen vor Ort eingesetzt und dies wird auch weiterhin unser Bestreben sein. Bei der Messung von

Radioaktivität kommt es auf die Prüfwerte an. Daher werden wir eine Freimessung kritischen Maßstäben unterwerfen. Eine Freimessung von niedrigstrahlenden Teilen zur „Normal“-Müll oberhalb der Hintergrundwerte lehnen wir daher ab. Darüber hinaus ist für uns klar, dass der Rückbau der Anlagen und die Endlagerung vollständig von den AKW-Betreibern zu finanzieren ist. Die Rückstellungen für Stilllegung und Rückbau werden in einen öffentlich – rechtlichen Fonds überführt.

FDP:

Keine Stellungnahme.

Die LINKE

Ein wesentlicher Grundsatz der LINKEN und auch unser persönlicher ist es, die Arbeit in den Parlamenten mit den Aktivitäten, Kenntnissen und Erfahrungen der außerparlamentarischen Bewegungen zu verbinden. Hier ist gerade bei der Anti-AKW-Bewegung eine umfangreiche Sachkenntnis vertreten. Somit sind wir Euch dankbar für Euren kenntnisreichen und detaillierten Forderungskatalog zum Rückbau von Biblis, dem wir folgen und dessen Forderungen wir im Landtag und den Kommunalparlamenten einbringen werden.

Eine wesentliche Frage ist für uns die Beteiligung der Öffentlichkeit im Genehmigungs- und im Rückbauverfahren insgesamt. Die Bevölkerung muss so informiert werden, dass sie in der Lage ist die komplizierten Prozesse zu durchschauen, gleichzeitig sollte sie nicht nur angehört, sondern auch an den Entscheidungen tatsächlich beteiligt werden. Eine Voraussetzung dafür sind die Kataster und die in Punkt 1.5 genannten Messstationen, die die Gefährdung der Bevölkerung einschätzbar machen.

Wir sehen auch die Notwendigkeit die Beschäftigten im AKW beim Rückbau zu schützen und einzubeziehen. Beispielsweise benötigt Biblis und die Umgebung ein Konversionskonzept, damit die Mitarbeiter/innen, die ausscheiden, und die Bevölkerung vor Ort eine berufliche Perspektive erhalten. Hier sehen wir RWE als Betreiber in der Pflicht.